



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

16. Mai 1951.

P/VI/110

Einweise
auf den Inhalt:

Um Gesamtdeutschland	S. 1
Soziale Konflikte in Norwegen	S. 4
Morrison's Deutschland-Besuch	S. 6

Sonntagsreden sind zu wenig

Von besonderer Seite aus der Sowjetzone wird uns geschrieben: Es wird von allen, denen die Wiedervereinigung Deutschlands mehr als nur ein säuerliches Lippenbekenntnis ist, als immerhin teilweiser Fortschritt begrüßt, dass während des letzten Jahres wenigstens in offiziellen Kundgebungen der Bundesregierung häufiger der Ostzone gedacht wurde. Viel mehr als freundliches Auf-die-Schulter-klopfen ist dabei freilich nicht herausgesprungen. Der Mehrreim dazu lautete uniform: Haltet aus, ihr gequälten Brüder im Osten. Dann war das gesamtdeutsche Programm der Regierung und ihrer Parteien zumeist erschöpft.

Die terrorisierte Bevölkerung Mitteldeutschlands musste dabei bisher das fatale Gefühl haben, es mit einer Anstands- und allenfalls noch Mitteils-Kundgebung zu tun zu haben. Von glaubhaften politischen Willenskundgebungen, durch mehr als durch gelegentliche Sonntagsreden die Befreiung der Sowjetzone herbeiführen zu helfen, war jedenfalls bislang wenig zu spüren. Dabei könnte sich in diesem Punkte und an dieser Sache getrost eine echte nationale Leidenschaft entzünden.

Die Regierungskoalition sollte einmal ernsthaft die Frage prüfen, was das wohl für ein kümmerliches Europa sein soll, dem sie soviel Pathos widmet und das sie sich anscheinend mit einem halbierten Deutschland vorzustellen vornag. Die Überwältigende Mehrheit der Deutschen jedenfalls sieht Europas Grenzen nicht an der Elbe. Sie sieht es vielmehr als einen europäischen Auftrag ersten

Ranges an, die Grenzen im Osten wieder zurechtzurücken und die Einwohner Mitteldeutschlands Europa zurückzugliedern.

Dass die Regierungskoalition diesem aktuellen und akuten Problem allenfalls ihr halbes Herz zuwendet, ist wohl kaum zu übersehen. Und ebenso wenig ihre Verlegenheit gegenüber dem östlichen Einheitswerben. Viel Wasser floss auf die Mühlen der Komintern-Propagandisten, als der amerikanische Hohe Kommissar vor der Bundesregierung den Anstoss zu einer gesamtdeutschen Initiative gab, die von der Sozialdemokratie seit Jahr und Tag gefordert wird.

Auch wenn es dem französischen Nachbarn nicht gefallen will, an ein wieder zusammengefügttes Deutschland zu denken: ohne ein solches wird es kein lebensfähiges Europa geben. Blutende Grenzen von solcher Willkür sind ein Faktor der ständigen Unruhe. Der stetig wiederkehrende Hinweis der Regierungsparteien, "realpolitische Erwägungen" verböten eine aktivere Ostpolitik, der als scheinbare Legitimation für die Untätigkeit herhalten muss, ist nichts anderes als eine Bemäntelung der Phantasielosigkeit und des Unbehagens darüber, dass die Rückgliederung Mitteldeutschlands die jetzigen parteipolitischen Gewichte verschieben könnte. Dass die Bundesregierung aus engherzigen Parteiskrupeln ein nationales Anliegen erster Ordnung vernachlässigt, möchten wir vorerat nicht annehmen. Den Beweis für das Gegenteil ist die Regierung Aderauer freilich dem deutschen Volke noch schuldig.

Man kann billigerweise nicht erwarten, dass sich die westlichen Alliierten vorranglich über die Bereinigung unseres grössten nationalen Anliegens ihre Köpfe zerbrechen. Die Bundesregierung muss sie selbst packen und konstruktiv werden; je eher, desto besser. Mit Traktätchen lässt sich diese Aufgabe nicht bewältigen. Seit nunmehr anderthalb Jahren gibt es ein Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Was hat es bisher zuwege gebracht? Im grossen und ganzen: Banalitäten und Ausflüchte. Statt in den Osten zu wirken, beschränkte sich seine Tätigkeit bislang auf eine Abwehr der östlichen Aktivität. Anstelle einer fundierten Aufklärung innerhalb und ausserhalb der Bundesrepublik hört man pathetische Beteuerungen ohne sonderliche Substanz. Wenn aber das zuständige Ministerium keine konkrete Vorstellung von seiner Aufgabenstellung hat, um wieviel weniger dann der einzelne Bürger in Westdeutschland. Genau dies ist das Empfinden, das der Bewohner der Ostzone hat, wenn er die westdeut-

sche Unkenntnis beobachtet und die westdeutsche Lethargie gegenüber dem aggressiven und findigen Sowjetkommunismus erlebt.

Hier muss endlich ein Wandel geschaffen, die Reden müssen von Taten und Aktionen abgelöst werden. Allerdings keine Widerstandsaktionen der Art, wie sie von der "Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit", vom "Bund Deutscher Jugend" und vielleicht morgen auch von der "Ersten Legion" praktiziert werden. Es ist sträflich, der Bevölkerung der Ostzone heute sinnlose Opfer zuzumuten, nur weil sich einige Ehrgeizige voreilig einen Glorienschein als "alte Kämpfer" schaffen möchten. Derartigen Opfergängen ohne wirklichen Nutzeffekt für die Sache muss die Bundesregierung beschleunigt einen Riegel vorschleiben. Sie sind aber unausbleiblich, wenn die Bundesregierung selbst es an erforderlichen Handeln und an wehlerwogenen Direktiven fehlen lässt. Hierzu sind ein klares Konzept und eine weitsichtige Planung vonnöten, an deren Vorhandensein nach aller bisherigen Erfahrung wohl mit Recht gezweifelt werden darf.

+ + +

Berlin und die Ostzone vergessen

(sp) Willy Brandt-Berlin, M.d.B., hat an den kommissarischen Bundes-Pressechef, Dr.v.Twardowski, einen öffentlichen Brief gerichtet, den wir u.a. entnehmen:

"Unter meiner Bundestagspost fand ich das vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebene und mit einem Geleitwort des Herrn Bundeskanzlers versehene Buch "6 Jahre danach - Von Chaos zum Staat". Ich habe dieses Buch mit grossem Interesse, aber nicht mit reiner Freude gelesen. Auf 128 Textseiten wird die Problematik der Sowjetzone nicht einmal angedeutet. Mit keinem Wort ist von einer Politik der Bundesregierung im Ringen um die Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Boden der Freiheit die Rede. Wenn man mit der Lupe sucht, findet man auf den 128 Seiten je einen Satz der Westberliner Verhältnisse und zwar auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs und dem des Lehrstellenmangels. Politisch ist lediglich ein Punkt erwähnt und zwar noch falsch. Im Text der Skizze auf Seite 25 heisst es über den Bundestag: "Gesamtzahl der Abgeordneten 402. Dazu 8 Beobachter aus Berlin". Es müsste sich eigentlich schon bis ins Bundespresseamt herungesprochen haben, dass Berlin - nachdem ihm die direkte Wahl zum Bundestag durch alliierte Suspension des Artikels 23 des Grundgesetzes verwehrt wurde - 8 Abgeordnete in den Bundestag entsandt hat - Abgeordnete ohne Stimmrecht, aber keine blossen Beobachter".

+ + -

- 4 -

Soziale Konflikte in Norwegen

KRK. Oslo, im Mai.

Die norwegischen Bauern haben der sozialdemokratischen Regierung den Krieg erklärt. Die Vertreter der Regierung haben bei den Verhandlungen über die Preise der landwirtschaftlichen Produktion den Wünschen der Bauern nicht in vollem Umfange entsprechen können, weshalb der Bauernverband einen Lieferstreik zur Durchsetzung seiner Wünsche ausgeschrieben hat. Den Mitgliedern des Bauernverbandes ist es also verboten, ihre Produkte zu verkaufen. Dadurch, dass man das Volk dem Hunger aussetzt, soll die Regierung zum Nachgeben gezwungen werden. Im Storting haben alle bürgerlichen Vertreter die Haltung des Bauernverbandes verteidigt. Es ist jedoch offenbar, dass die Forderungen der norwegischen Bauern übertrieben sind: "Arbeiderbladet" hat nachgewiesen, dass die bäuerlichen Produzenten mit ihrer sozialen Lage nicht unzufrieden sein müssen. Die Reingewinne sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen, obwohl die Ländarbeitslöhne bedeutend erhöht worden sind. Trotzdem ist die Regierung bereit, über die Festsetzung der Preise weiterzuverhandeln, aber nur, wenn der Streik abgeblasen wird. Der Drohung, das Volk auszuhungern, ist die Regierung dadurch begegnet, dass sie die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten freigegeben und damit die Versorgung der Bevölkerung gesichert hat. Das zielbewusste Auftreten der Regierung hat bereits die ersten Anzeichen einer Splitterung innerhalb des Bauernverbandes zur Folge gehabt.

Ein anderer Konflikt betrifft die Organisationszugehörigkeit der Arbeitsleiter - Werkführer, Vorarbeiter -. Auf Drängen vieler Werkführer hat die Gewerkschaftszentrale einen Verband der Werkmeister innerhalb der gewerkschaftlichen Gesamtorganisation geschaffen. Die Werkmeister waren bisher ausschliesslich in einem der Gewerkschaftszentrale nicht angeschlossenen Verband oder innerhalb der Arbeitergewerkschaften ihrer Betriebe organisiert.

Die Schaffung eines Werkmeisterverbandes innerhalb der Gewerkschaftszentrale stösst jedoch auf den Widerstand der Unternehmer. Diese erklären, die Arbeitsleiter seien Vertrauensleute der Unternehmungen und dürften deshalb nicht der allgemeinen Gewerkschafts-

zentrale angehören. Die Unternehmen haben mit der Aussperrung von zunächst 40.000 Arbeitern gedroht, wenn der Plan der Gewerkschafts-zentrale verwirklicht werden sollte. Die Werkmeister und die gewerkschaftliche Landesorganisation berufen sich auf die durch die Verfassung und die UNO garantierte Organisationsfreiheit.

Die neue Gewerkschaft wird ihre Tätigkeit am 1. Juni beginnen - trotz der Drohung der Unternehmer.

+ + +

Auch 1979 noch Frauenüberschuss und Überalterung.

d.g. Deutschland trat in den zweiten Weltkrieg mit einem Bevölkerungsaufbau ein, der bereits durch den ersten Weltkrieg gelitten hatte und dessen Basis verkleinert war durch die in der Zwischenkriegsperiode gesunkene geburtenzahl. Im zweiten Weltkrieg fielen über zwei Millionen Männer aus dem heutigen Westdeutschland und etwa 300.000 Zivilpersonen wurden durch Luftangriffe getötet.

Die Berechnungen, die kürzlich das State Departement für die Weiterentwicklung der deutschen Bevölkerungspyramide bis 1979 anstellen liess, gehen von der Annahme aus, dass die bisherige Geburtenrate unverändert bleibt und die Sterberate weiter abnimmt. Unter diesen Voraussetzungen wird die Bevölkerung des Bundesgebietes von 47 Millionen bis 1979 auf 52.1 Millionen Menschen angewachsen sein. Wenngleich die Vorausberechnungen ein weiteres Wachstum annehmen, ist doch der Zuwachs, der für die kommenden 30 Jahre geschätzt wird, mit 4.8 Mill. erheblich geringer als die Zunahme von 8 Mill. im Kriegsjahrzehnt zwischen 1939 und 1949. Eine normale Bevölkerungsentwicklung wird allmählich den Frauenüberschuss vermindern und die Zahl der Frauen je 100 Männer wird in einer Generation von 115 auf 108 zurückgehen. Die ernstesten Probleme des Frauenüberschusses werden im nächsten Jahrzehnt noch die Altersklassen über 30 betreffen. Um 1969 wird jedoch in allen Altersklassen bis zu 40 Jahren die Zahl der Männer grösser sein als die der Frauen. Immerhin wird Deutschland noch eine Generation lang mit dem Problem der älteren unverheirateten Frau zu ringen haben.

Wenn die amerikanischen Vorausberechnungen stimmen, wird das

Durchschnittsalter der westdeutschen Bevölkerung sich langsam von 33.6 auf 35.8 im Jahre 1979 erhöhen. Das bedeutet, dass der Prozess des Alterns in 30 Jahren etwa denselben Fortschritt machen würde, wie im vergangenen Jahrzehnt. So wird der Anteil der Personen von 65 Jahren und darüber von 9% auf 14% ansteigen und damit die Fürsorgelasten für die Bundesregierung erhöhen. Andererseits wird die Lücke, die gegenwärtig in den Altersklassen der jüngeren Leute besteht, schon im nächsten Jahrzehnt ausgefüllt werden. Die in das Erwerbsleben eintretenden Jahrgänge werden im nächsten Jahrzehnt durch die grosse Zahl der Vorkriegskinderrasse verstärkt werden. Gleichzeitig wird die von den Kriegsverlusten betroffene Generation in das mittlere Alter aufrücken. Infolgedessen wird sich das Zahlenverhältnis zwischen jüngeren und älteren Erwerbspersonen bessern. Allerdings wird sich das Problem der alternden alleinstehenden Frauen immer mehr verschärfen. Die Vorausberechnungen lassen den Schluss zu, dass selbst nach 30 Jahren und unter der Voraussetzung, dass keine neue Katastrophe eintritt, die Struktur der deutschen Bevölkerung noch immer durch die Folgen zweier Kriege aufs ungünstigste beeinflusst sein wird.

+ + +

Morrison's Deutschland-Besuch

P.R. in Kürze wird der britische Ausserminister Herbert Morrison zu dem Deutschland-Besuch erwartet, den bereits sein Vorgänger, Ernest Bevin, Ende des vergangenen Jahres geplant, aber dann wieder abgesagt hatte. Der Besuch findet in einer selbst für unsere bewegte Zeit ungewöhnlich spannungsgeladener weltpolitischer Atmosphäre statt. Nach 52 Sitzungen hält die Konferenz in Paris noch immer auf der Stelle, in Korea sind die Gegner scheinbar unzertrennbar ineinander verbissen, in Persien schwelt es bedenklich. Auch die Tagung in Strassburg hat eigentlich nur die ganze Unzulänglichkeit in der Struktur des Europarates erkennen lassen. Die Notwendigkeit zu einem intensiven deutsch-englischen Gespräch erscheint fast zwangsläufig, sie ist umso unerlässlicher, als die internationalen Beziehungen der Bundesrepublik, soweit sie schon über den Umgang mit den Hohen Kommissaren hinausreichen, in den letzten Jahren allzu einseitig kontinental-westeuropäisch ausgerichtet waren, mit

all den unerfreulichen Folgen, die sich inzwischen weithin sichtbar daraus ergeben haben.

Die englische Regierung hat sich bisher vom Schuman-Plan distanziert, trotz einiger platonischer Zustimmungserklärungen zu seiner Idee und einigen Hinweisen, dass auch England "nach der Ratifizierung" daran denken könnte, dem Projekt näherzutreten. Etwas mehr Klarheit in diesem Punkte täte gut. Weitere Fragen, die auf eine Antwort von autoritativer britischer Stelle warten, betreffen die englischen Vorstellungen über das bestmögliche Verteidigungssystem für Westeuropa und in diesem Zusammenhange die englische Einstellung zu einer Ablösung des Besatzungs- durch ein Vertragssystem, was die Beziehungen zu Deutschland betrifft.

Es hat wenig Wert, nachträglich auf die zusätzlichen Erschwerungen hinzuweisen und sie im einzelnen zu erläutern, unter welchen das deutsch-englische Verhältnis zurzeit Bevins litt. Morrison hat bald, nachdem er Außenminister geworden war, einige interessante Bemerkungen gemacht, die wegen ihres offen bekundeten Willens zu verstärkten Bemühungen um ein besseres psychologisches Verständnis für die deutschen Gegebenheiten auffiel. Morrison hat ja auch sonst - z.B. in der Fernst-Politik und damit im Bereich der britisch-amerikanischen Beziehungen seinen Willen zu neuer aussenpolitischer Initiative erkennen lassen. Vielleicht spricht dabei auch die Einsicht mit, dass sowohl Labours innerpolitische Position wie die weltpolitische Situation der Insel die Festigung bestehender und die Anbahnung neuer Freundschaften recht angebracht erscheinen lassen.

+ + +

Jugendtag der Eisenbahner

(sp) Vom 17.-19. Mai veranstaltet die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Opladen ihren ersten Jugendtag. Etwa 150 Jugendfunktionäre aus dem gesamten Bundesgebiet werden in der Stadthalle zu Opladen zu allen Jugendfragen, insbesondere solcher der Bundesbahn, Stellung nehmen. Die Hauptreferate halten der zweite Vorsitzende der GdED, Johann Hatje, über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und Ministerialrat Kempf von der Hauptverwaltung der Bundesbahn über die Ausbildung des Eisenbahner Nachwuchses. Am Samstag findet auf dem Rathausplatz in Opladen eine Jugendkundgebung statt, auf der der erste Vorsitzende der GdED Sprecher wird.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt